U n t e r r i c h t u n g

durch den Präsidenten des Landtags

Unterrichtung gemäß § 104 a Abs. 2 Satz 7 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

hier: Gelegenheit zur Stellungnahme zu der abstrakten Normenkontrolle der Fraktion der AfD im Thüringer Landtag

gegen § 8 Abs. 1 Nr. 3 des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst

wegen Verstoßes gegen die Grundrechte der Berufswahlfreiheit (Artikel 35 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen), der Meinungsfreiheit (Artikel 11 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen), der Vereinigungsfreiheit (Artikel 13 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen), gegen das aus Rechtsstaatsprinzip (Artikel 44 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen, Artikel 45 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen, Artikel 47 der Verfassung des Freistaats Thüringen) und Demokratieprinzip (Artikel 44 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen, Artikel 45 der Verfassung des Freistaats Thüringen) folgende Bestimmtheitsgebot, gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund der politischen Überzeugung gemäß Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen, gegen das Recht auf Mitgestaltung des politischen Lebens (Artikel 9 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit dem Demokratiegebot, Artikel 44 Abs. 1 Satz 2, Artikel 45 der Verfassung des Freistaats Thüringen), gegen die Rechte auf Chancengleichheit, Betätigungsfreiheit und Programmfreiheit der politischen Parteien (Artikel 9 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit Artikel 21 Abs. 1 Grundgesetz) sowie gegen die Bestandteilsnorm des Artikels 18 Grundgesetz - VerfGH 9/25 - (Vorlage 8/344)

Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat mit Schreiben vom 31. März 2025 dem Thüringer Landtag die vorgenannte abstrakte Normenkontrolle mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt (Vorlage 8/344).

Die Vorlage wurde gemäß § 104 a Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zur Beratung an den Ausschuss für Justiz, Migration und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Justizausschuss* hatte in seiner 2. Sitzung am 6. Dezember 2024 beschlossen, zukünftig bei einer Gelegenheit zu einer Stellungnahme des Thüringer Landtags in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren grundsätzlich zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben und eine Ausschusssitzung dazu nur auf entsprechenden Antrag einer Fraktion durchzuführen. Ein solcher Antrag wurde im vorliegenden Verfahren nicht gestellt.

Der Ausschuss für Justiz, Migration und Verbraucherschutz empfiehlt demzufolge, keine Stellungnahme in diesem Verfahren abzugeben.

Dr. Thadäus König
Präsident des Landtags

* Hinweis der Landtagsverwaltung:
Der in der am 28. September 2024 fortgesetzten ersten Sitzung des Landtags gebildete Justizausschuss erhielt durch Beschluss des Landtags vom 13. Dezember 2024 die Bezeichnung „Ausschuss für Justiz, Migration und Verbraucherschutz“ (vergleiche Nummer 3 des Beschlusses in der Drucksache 8/213).